

■ MERKLICHE WACHSTUMS- ABSCHWÄCHUNG AUFGRUND UNGÜNSTIGER WELTWIRT- SCHAFTLICHER RAHMEN- BEDINGUNGEN

PROGNOSE FÜR 2001 UND 2002

Das Wirtschaftswachstum wird sich in Österreich nach 3,2% im vergangenen Jahr heuer auf 2,2% abschwächen und könnte im Jahr 2002 etwa gleich hoch ausfallen. Zur markanten Konjunkturdämpfung trägt vor allem die ungünstigere Entwicklung der Weltwirtschaft, insbesondere der Einbruch in den USA bei. Die restriktive Ausrichtung der österreichischen Budgetpolitik hat zur Folge, dass die heimische Wirtschaft etwas langsamer wächst als jene des Euro-Raumes. Die verhaltenere Konjunktur erschwert die Erreichung eines ausgeglichenen Finanzierungssaldos der öffentlichen Haushalte im Jahr 2002. Die Arbeitslosenquote geht heuer noch leicht zurück und wird sich im kommenden Jahr auf einem Niveau von 3½% der Erwerbspersonen stabilisieren.

Österreichs Wirtschaft wuchs im IV. Quartal 2000 gegenüber dem Vorjahr real um 2,6%. Die Stärke im Export löste hohe Zuwächse im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen und der Sachgütererzeugung aus. In der verarbeitenden Industrie stieg die Produktion im Durchschnitt des vergangenen Jahres um mehr als 8% – dies war der höchste Wert der letzten drei Jahrzehnte.

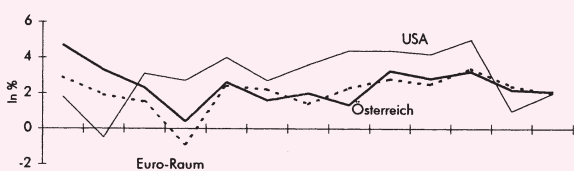
Die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat allerdings nun eine merkliche Konjunkturreintrübung zur Folge. In den USA ist das Wirtschaftswachstum eingebrochen, es wird heuer real nur noch etwa 1% erreichen. Das trifft unmittelbar die Handelspartner in Nord- und Südamerika, deren Wirtschaft sich teils schon jetzt in einer sehr labilen Lage befindet. Asien ist durch die anhaltende Stagnation in Japan zusätzlich geschwächt.

In der Euro-Zone dürfte das BIP heuer real um 2,4% zunehmen. Die Konjunktur wird – mit gewisser Verzögerung – durch ein Nachlassen des Außenhandels mit den USA beeinträchtigt, der in einigen exponierteren Volkswirtschaften zwischen

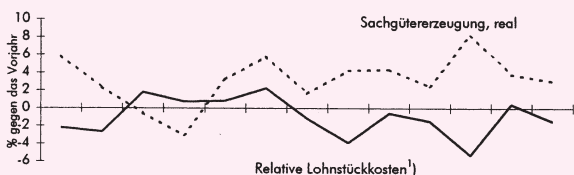
Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

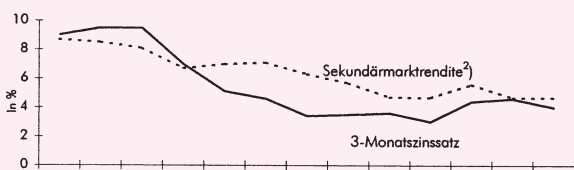
Wirtschaftswachstum



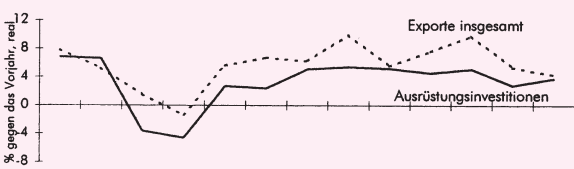
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



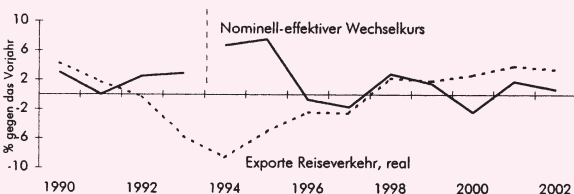
Kurz- und langfristige Zinssätze



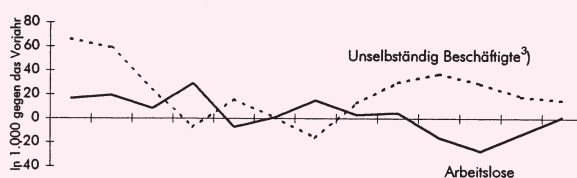
Export und Investitionen



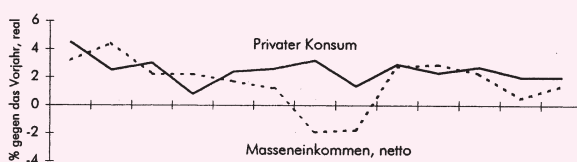
Reiseverkehr und Wechselkurs



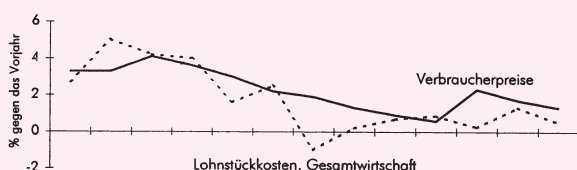
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



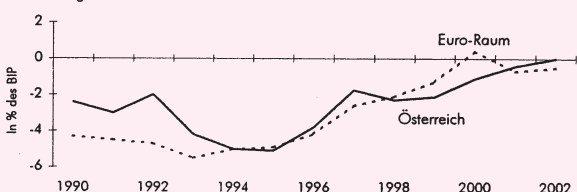
Konsum und Einkommen



Preise und Lohnstückkosten



Finanzierungssaldo des Staates



1) In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. – 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 3) Ohne Präsenzdienler und Bezieher von Karenzgeld.

10% und 20% der Gesamtexporte ausmacht. Dazu kommen die exportdämpfenden Effekte einer möglichen weiteren Aufwertung des Euro. Hingegen tragen die umfangreichen und zu einem konjunkturell sehr günstigen Zeitpunkt in Kraft tretenden Steuersenkungen in mehreren EU-Ländern zur Stabilisierung bei. Die Konjunkturoffnungen Europas liegen nun in der Konsumnachfrage. Die EZB zögert mit Zinssenkungen. Die Risiken der vorliegenden Prognose resultieren aus dem europäischen Umfeld: Im Fall einer weniger dynamischen Inlandsnachfrage könnte die Expansion noch geringer ausfallen als hier angenommen.

Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums wichtiger Handelspartner bremst – trotz anhaltend günstiger preislicher Wettbewerbsposition – die Dynamik der heimischen Ausfuhr beträchtlich. Der Warenexport dürfte heuer real um nur noch 6,2% zunehmen. Dies drosselt unmittelbar die Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen (+2,8%) und der Sachgüterproduktion (+3,8%). Die enge Verflechtung zwischen Ausfuhr und Einfuhr und der

Rückgang der Erdölpreise tragen zu einer Dämpfung der Importzunahme bei. Handels- und Leistungsbilanzdefizit könnten etwas unter dem Niveau des Vorjahres liegen.

Die Inlandsnachfrage wird sich heuer wesentlich verhaltener entwickeln als im vergangenen Jahr. Dies geht vor allem auf die umfangreichen Anhebungen direkter und indirekter Steuern zurück. Das Wachstum der realen Nettomasseneinkommen verringert sich von 2¼% im Jahr 2000 auf nur noch ½%. Unter der Annahme eines deutlichen Rückgangs der Sparquote könnten die privaten Konsumausgaben dennoch um 2% zunehmen. Die Bauwirtschaft expandiert weiterhin nur langsam (+1½%). Der Wohnungsneubau nimmt ab, allerdings schwächer, als der rückläufige Bedarf an Wohnungen erwarten lassen würde. Büro- und Tiefbau entwickeln sich günstiger.

Das Abgabenaufkommen wuchs im vergangenen Jahr aufgrund der guten Konjunktur und der Erhöhung indirekter Steuern kräftig; dazu kamen die Einnahmen aus

Hauptergebnisse der Prognose

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt					
Real	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,1
Nominell	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,5	+ 3,8	+ 3,6
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 4,4	+ 2,4	+ 8,2	+ 3,8	+ 3,0
Private Konsumausgaben, real	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 2,5
Ausrüstungen ²⁾	+ 5,2	+ 4,6	+ 5,1	+ 2,8	+ 3,8
Bauten	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5
Warenexporte ³⁾					
Real	+ 8,1	+ 7,7	+10,9	+ 6,2	+ 5,0
Nominell	+ 8,4	+ 7,0	+14,8	+ 8,1	+ 7,3
Warenimporte ³⁾					
Real	+ 7,1	+ 6,9	+ 7,7	+ 5,8	+ 4,5
Nominell	+ 6,6	+ 6,7	+13,7	+ 7,2	+ 6,6
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S	-64,5	-75,1	-89,5	-88,3
	Mrd. Euro	- 5,5	- 6,5	- 6,2	- 6,4
	in % des BIP	- 2,5	- 2,8	- 3,2	- 2,9
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	4,7	4,7	5,6	4,7
Verbraucherpreise		+ 0,9	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,7
Arbeitslosenquote					
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	4,5	4,0	3,7	3,6	3,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾	7,2	6,7	5,8	5,4	5,5
Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 2,3	- 2,1	- 1,1	- 0,4
					± 0,0

1) Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – 2) Einschließlich sonstiger Anlagen. – 3) Laut Statistik Austria. – 4) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – 5) Laut Eurostat. – 6) Laut Arbeitsmarktservice. – 7) Ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzgeld.

der Versteigerung der UMTS-Lizenzen. Der Finanzierungssaldo des Staates hat sich auf -1,1% des BIP verbessert. Die massiven Steuererhöhungen zu Jahresbeginn 2001 lassen auch für heuer einen merklichen Rückgang des Defizits auf etwa -0,4% des BIP erwarten. Die Revision der Wachstumsprognose ist vor allem exportseitig bedingt, die öffentlichen Finanzen sind deshalb unmittelbar noch nicht sehr stark betroffen. Viel schwieriger wird die weitere Konsolidierung im Jahr 2002. Zwar treten zunehmend ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen in Kraft, allerdings wird gleichzeitig das kostspielige Kindergeld eingeführt, und die Konjunkturabschwächung schlägt auch auf das Budget durch. Die in der Prognoserevision angenommene Wachstumsverlangsamung belastet den erwarteten Finanzierungssaldo mit etwa 0,3% des BIP. Aufgrund der heuer günstigeren Budgetentwicklung ist das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts 2002 dennoch erreichbar – allerdings nur dann, wenn strenge Ausgabenzurückhaltung geübt wird und die Konjunktur nicht mehr an Schwung verliert als in der vorliegenden Prognose angenommen.

Die Inflation geht von +2,3% im vergangenen Jahr auf +1,7% im Jahr 2001 zurück. Dazu trägt vor allem die Beruhigung der Energiepreise bei. Allerdings verstärkt sich der Preisauftrieb der industriell-gewerblichen Waren. Die Teuerung von Nahrungsmitteln lässt aufgrund des überraschenden Anstiegs der Fleischpreise weniger nach als erwartet. Einen Unsicherheitsfaktor für die Preisprognose bilden mögliche Inflationseffekte von Preisänderungen im Zuge der Euro-Bargeldumstellung. 2002 wird die Preisstabilität anhalten.

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Real (zu Preisen von 1995)						
Land- und Forstwirtschaft	54,9	54,9	54,9	-6,3	±0,0	±0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	555,2	576,3	593,6	+8,2	+3,8	+3,0
Energie- und Wasserversorgung	73,8	74,5	76,0	+0,4	+1,0	+2,0
Bauwesen	193,5	196,4	199,3	+1,9	+1,5	+1,5
Handel ²⁾	335,2	342,9	349,8	+3,2	+2,3	+2,0
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	94,0	95,9	97,8	+2,3	+2,0	+2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	199,6	203,6	207,7	+3,5	+2,0	+2,0
Kreditinstitute und Versicherungen	175,2	178,7	183,2	+6,2	+2,0	+2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	366,5	377,5	388,8	+4,1	+3,0	+3,0
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	160,0	160,0	160,0	-0,1	±0,0	±0,0
Sonstige Dienstleistungen	329,5	333,8	338,1	+1,6	+1,3	+1,3
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	2.537,4	2.594,5	2.649,2	+3,7	+2,3	+2,1
Bruttoinlandsprodukt	2.685,3	2.744,2	2.801,5	+3,2	+2,2	+2,1

1) Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – 2) Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – 3) Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – 4) Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – 5) Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Dämpfung der Wirtschaftsdynamik hat direkt eine leichte Verlangsamung des Beschäftigungsanstiegs zur Folge. Im privaten Dienstleistungssektor dürfte die Arbeitskräftenachfrage allerdings weiterhin kräftig wachsen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Karenzgeldbezieher und Präsenzdienner) wird heuer um etwa 18.000 (+0,6%) zunehmen. Das Arbeitskräfteangebot wird von einer Reihe unterschiedlicher Entwicklungen beeinflusst: Die Bevölkerung im Alter von 15 bis 59 Jahren verringert sich heuer markant. Auch die Erwerbsquote ist rückläufig – vor allem jene der Älteren. Die Erwerbstätigkeit der Frauen wird von der Erleichterung des Zugangs ausländischer Arbeitnehmerinnen zum Arbeitsmarkt und im kommenden Jahr auch von

Entwicklung der Nachfrage

	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Real (zu Preisen von 1995)						
Konsumausgaben insgesamt	2.030,4	2.068,4	2.107,1	+2,6	+1,9	+1,9
Private Haushalte ¹⁾	1.505,4	1.535,6	1.566,3	+2,7	+2,0	+2,0
Staat	524,9	532,8	540,8	+2,3	+1,5	+1,5
Bruttoinvestitionen	633,1	649,1	662,8	+3,1	+2,5	+2,1
Bruttoanlageinvestitionen	621,3	634,2	650,3	+2,9	+2,1	+2,5
Ausrüstungen ²⁾	276,4	284,1	294,9	+5,1	+2,8	+3,8
Bauten	344,9	350,1	355,4	+1,2	+1,5	+1,5
Vorratsveränderung ³⁾	11,8	14,9	12,5			
Statistische Differenz	4,2	0,0	0,0			
Inländische Verwendung	2.667,7	2.717,5	2.769,8	+2,9	+1,9	+1,9
Exporte	1.315,6	1.386,3	1.445,3	+9,8	+5,4	+4,3
Reiseverkehr	138,2	143,6	148,5	+2,7	+3,9	+3,4
Minus Importe	1.298,0	1.359,5	1.413,7	+9,2	+4,7	+4,0
Reiseverkehr	109,7	114,9	119,4	+5,3	+4,8	+3,9
Bruttoinlandsprodukt	2.685,3	2.744,2	2.801,5	+3,2	+2,2	+2,1
Nominell	2.833,9	2.941,4	3.046,6	+4,5	+3,8	+3,6
	Mrd. Euro	205,9	213,8	221,4		

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – 3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

der Einführung des Kindergeldes geprägt. Im Jahr 2001 dürfte die Zahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen auf durchschnittlich 181.000 zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird 3,6% der Erwerbspersonen nach EU Labour Force Survey und 5,4% der unselbständigen Erwerbspersonen nach österreichischer Berechnung betragen und dürfte sich 2002 auf diesem Niveau stabilisieren.

WACHSTUMSEINBRUCH IN DEN USA

In den USA geriet die Industrie schon Ende des vergangenen Jahres in eine Rezession. Stabilisierend wirkt derzeit noch der private Konsum. Dessen weitere Entwicklung wird entscheidend von den Kursen auf Aktien- und Immobilienmärkten bestimmt. Heuer wird die Wirtschaft der USA um nur etwa 1% wachsen. Die expansive Geld- und Fiskalpolitik trägt zur erwarteten Erholung im Jahr 2002 bei.

Die Dynamik der Konjunktur ist in den USA in der zweiten Jahreshälfte 2000 eingebrochen. Im IV. Quartal wuchsen Produktion und Nachfrage real um nur noch 0,3% gegenüber dem Vorquartal, Ausrüstungsinvestitionen und Lagerbestände waren rückläufig. Die verarbeitende Industrie befindet sich in einer Rezession. Die privaten Konsumausgaben hingegen wirken noch stabilisierend, die realen Einzelhandelsumsätze stiegen auch im Jänner und Februar 2001. Allerdings ist das Konsumentenvertrauen Anfang des Jahres aufgrund des markanten Kursrückgangs auf den Aktienmärkten und der Befürchtungen über einen Anstieg der Arbeitslosigkeit drastisch gesunken.

Das WIFO war bezüglich der Konjunkturaussichten in den USA schon in seiner Dezember-Prognose pessimistischer als alle anderen internationalen Prognoseinstitute¹⁾. Vor allem aufgrund der inversen Zinsstruktur wurde damals ein Wirtschaftswachstum von real 2,3% erwartet. Vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung müssen die Annahmen nun allerdings weiter zurückgenommen werden. Für heuer wird eine BIP-Steigerung von nur noch etwa 1% prognostiziert (nach +5% im Jahr 2000). Das Auftreten einer Rezession nach einem langen Konjunkturaufschwung überrascht grundsätzlich nicht – Einbrüche erfolgten auch in der Vergangenheit im Abstand von etwa 10 Jahren (1982, 1991). Unsicherheit besteht derzeit über Ausmaß und Dauer der Abschwächung. Eine entscheidende Deter-

¹⁾ Walterskirchen, E., „Vorübergehende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Prognose für 2001 und 2002“, WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(1).

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,6	+ 1,3	+ 1,7
USA	+ 4,4	+ 4,2	+ 5,0	+ 1,0	+ 2,0
Japan	- 1,1	+ 0,8	+ 1,7	± 0,0	+ 1,0
EU	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,8
Euro-Raum	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,0
Deutschland	+ 2,1	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,8
Ost-Mitteleuropa ¹⁾	+ 3,5	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,0	+ 3,0
Welthandel, real	+ 5,6	+ 6,2	+13,0	+ 4,5	+ 5,5
OECD-Exporte	+ 5,6	+ 5,0	+13,0	+ 3,5	+ 5,0
Intra-OECD-Handel	+ 8,3	+ 7,5	+12,3	+ 4,0	+ 6,0
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+10,6	+ 6,7	+10,8	+ 5,5	+ 5,0
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾					
Insgesamt	-22,0	-12,0	+31,0	-10,0	+ 3,0
Ohne Rohöl	-13,0	- 8,0	+ 1,0	- 1,0	+ 2,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	12,6	17,3	28,0	24,0	25,0
Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro	1,121	1,067	0,924	1,00	1,05

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

minante bildet die weitere Entwicklung auf den Aktien- und Immobilienmärkten. Im Fall eines merklichen Rückgangs der Investitionsquote und eines kräftigen Anstiegs der Sparquote der privaten Haushalte müsste mit einer noch deutlicheren Wachstumsverlangsamung und einer längeren Phase geringer Wirtschaftsdynamik gerechnet werden.

Andererseits können das beherzte Eingreifen der Geldpolitik – die kurzfristigen Zinssätze wurden seit Jahresbeginn um 1½ Prozentpunkte herabgesetzt – und die bevorstehenden Steuersenkungen sowie eine Abwertung des Dollars eine Erholung unterstützen. Zudem kann die starke Ausweitung der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien der letzten Jahre – sie machen bereits mehr als die Hälfte der gesamten Ausrüstungsinvestitionen aus – rasch Ersatzinvestitionen nach sich ziehen. Unter diesen Gesichtspunkten rechnet das WIFO im kommenden Jahr mit etwas höherem Wirtschaftswachstum in den USA (+2%).

Der Konjunkturabschwung in den USA wird unmittelbar vor allem die NAFTA-Handelspartner und einige südamerikanische Volkswirtschaften treffen; Argentinien befindet sich bereits in einer schweren Wirtschaftskrise. Der Wachstumseinbruch in Amerika und die Rezession in Japan bremsen auch die Konjunkturerholung in den südostasiatischen Volkswirtschaften.

INLANDSNACHFRAGE KANN EUROPA VOR GRAVIERENDER KONJUNKTURABSCHWÄCHUNG BEWAHREN

Die europäische Konjunktur hat in den letzten Jahrzehnten – trotz einer hohen Geschlossenheit der Region in bezug auf die Handelsverflechtung – immer mit Verzögerung auf starke Konjunkturschwankungen in den USA reagiert. Vor allem Großbritannien und Irland, die skan-

dinavischen Länder sowie Deutschland weisen einen hohen Anteil der Exporte in die USA auf. In diesen Ländern hat sich das Unternehmerv Vertrauen den Umfragen der EU-Kommission zufolge seit Jahresbeginn bereits merklich verschlechtert. Allerdings hilft die Währungsunion nun, die negativen Effekte der Wachstumsschwäche in den USA abzuschirmen, da die Dollarabwertung nicht mehr wie in der Vergangenheit Wechselkursschwankungen innerhalb der Euro-Zone auslösen kann.

Positiv wirkt für die Konjunktur in Europa die Stärke der Konsumnachfrage in Frankreich, Spanien und einigen kleineren Volkswirtschaften. Die Konsumentenstimmung liegt markant über dem langjährigen Durchschnitt. Sie wird durch Einkommensteuersenkungen, die in mehreren Ländern zum 1. Jänner 2001 in Kraft getreten sind, zusätzlich belebt. Insgesamt gehen von den jüngsten Steuerreformen positive Impulse im Ausmaß von gut ½% auf das verfügbare Einkommen im Euro-Raum aus. Bei Dämpfung des Exports – und der damit eng zusammenhängenden Ausrüstungsinvestitionen – bleibt die Konsumnachfrage die wichtigste Konjunkturstütze für Europa.

Die Europäische Zentralbank hat bislang nicht auf die Eintrübung der Konjunkturaussichten reagiert. Sie legt ihr Augenmerk primär auf die Inflationsrate, die aufgrund des langsamen Abklingens der Erdölpreiseffekte und des überraschenden Anstiegs der Fleischpreise nach wie vor das Preisstabilitätsziel übersteigt. Gemäß dem harmonisierten Verbraucherpreisindex lag die Teuerungsrate im Jänner und Februar bei 2,4% bzw. 2,6%. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Verlangsamung des Wirtschaftswachstums erscheinen Zinsreaktionen aus konjunktureller Sicht jedenfalls möglich.

Angesichts der Schwäche des Aktienmarktes in den USA, des Konjunkturreinbruchs und der markanten Zinssenkungen wäre schon in den letzten zwei Monaten mit einer Abwertung des Dollars gegenüber dem Euro zu rechnen gewesen – diese trat allerdings nicht ein. Die vorliegenden Konjunkturannahmen für die USA und für Europa ließen weiterhin einen Wertgewinn des Euro erwarten – Wechselkurse erwiesen sich allerdings auch in der Vergangenheit als von Fundamentalwerten losgelöst. Die vorliegende Prognose geht von der Annahme aus, dass sich der Euro-Wechselkurs im Jahresdurchschnitt 2001 um die Parität gegenüber dem Dollar bewegt. Eine raschere Aufwertung des Euro würde den Export zusätzlich beeinträchtigen.

Das Wirtschaftswachstum dürfte im Euro-Raum im 1. Halbjahr – stimuliert von der regen Inlandsnachfrage – noch kräftig bleiben. Es wird erst mit Verzögerung auf die Eintrübung der Weltkonjunktur reagieren. Im Jahresdurchschnitt ist eine Rate von real knapp 2½% möglich, die Dynamik dürfte ihren Tiefpunkt erst im kommenden Jahr mit etwa +2% erreichen.

In Deutschland expandieren Nachfrage und Produktion heuer real um nur etwa 2% – neuerlich viel langsamer als im Durchschnitt der Euro-Länder. Die große Exportabhängigkeit der deutschen Industrie dämpft nun die Konjunktur. Der private Konsum zeigte sich gegen Jahresende 2000 sehr schwach, die Steuersenkung von netto etwa ¾% des BIP könnte allerdings zu einer leichten Belebung im laufenden Jahr beitragen. Hingegen deutet die Auftragslage in der Bauwirtschaft auf eine Fortsetzung des scharfen Rückgangs der Bauproduktion hin.

In den osteuropäischen EU-Beitrittsländern ist die Wirtschaftsdynamik in erheblichem Ausmaß von der Nachfrage in Westeuropa abhängig. Deshalb muss mit einer Verlangsamung des Wachstums gerechnet werden. Der Aufholprozess kommt eher schleppend voran. Polen leidet zudem unter einem hohen Leistungsbilanzdefizit, das die Geldpolitik zu einer außerordentlich restriktiven Haltung veranlasst.

GEBREMSTE DYNAMIK VON EXPORT, SACHGÜTERPRODUKTION UND INVESTITIONEN

Die von der Warenausfuhr bestimmten Bereiche der österreichischen Wirtschaft entwickelten sich im vergangenen Jahr ausgezeichnet. Nun löst der Wachstumseinbruch der Weltwirtschaft eine Eintrübung aus. Die Exportsteigerung verringert sich merklich, in der Folge wird auch die Expansion von Ausrüstungsinvestitionen und Sachgüterproduktion gebremst.

Warenexport und Sachgütererzeugung expandierten in Österreich bis November 2000 noch sehr kräftig. Die Industrie profitierte von der günstigen Nachfragesituation wichtiger Handelspartner und der hohen kostenbedingten Wettbewerbsfähigkeit. Im Jahresdurchschnitt 2000 dürfte der Warenexport real um fast 11% gestiegen sein. In der Sachgütererzeugung wurde die Wertschöpfung um mehr als 8% ausgeweitet – das ist der höchste Anstieg der letzten drei Jahrzehnte.

Nun bewirken allerdings der Konjunkturreinbruch in der Weltwirtschaft und die Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik wichtiger Handelspartner eine deutliche Verringerung des Marktwachstums für die heimischen Exporteure. Es beträgt heuer nur noch 5½% und im kommenden Jahr 5%. Aufgrund der guten Wettbewerbsposition – allein im Vorjahr verbesserte sich die Lohnstückkostenposition gegenüber den Handelspartnern um 5% – sollten die heimischen Produzenten Marktanteile gewinnen können. Die Expansion der Warenausfuhr dürfte dennoch real auf gut 6% (2001) und 5% (2002) sinken.

Produktivität	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Gesamtwirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt, real	+3,3	+2,8	+3,2	+2,2	+2,1
Erwerbstätige ¹⁾	+0,8	+1,4	+0,9	+0,8	+0,6
Vollzeitäquivalent	+0,2	+0,6	+0,6	+0,3	+0,2
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+2,5	+1,4	+2,3	+1,4	+1,5
Vollzeitäquivalent	+3,0	+2,2	+2,6	+1,9	+1,9
Sachgütererzeugung					
Produktion ²⁾	+4,5	+2,4	+8,2	+3,8	+3,0
Beschäftigte ³⁾	+0,1	-0,7	+0,0	-0,5	-1,5
Stundenproduktivität ⁴⁾	+4,3	+3,8	+8,0	+4,5	+4,6
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	+0,1	-0,6	+0,2	-0,2	±0,0

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Konsum, Einkommen und Preise	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Private Konsumausgaben¹⁾	+2,9	+2,3	+2,7	+2,0	+2,0
Dauerhafte Konsumgüter	+7,0	+8,4	-0,4	+1,0	+2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+2,3	+1,4	+3,2	+2,1	+2,0
Nettomasseneinkommen	+2,7	+2,9	+2,3	+0,5	+1,4
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Direktkredite an inländischen Nichtbanken (Jahresendstände)	+3,7	+5,2	+6,7	+4,3	+4,8
	In %				
Inflationsrate	0,9	0,6	2,3	1,7	1,3
Kerninflation ²⁾	1,2	0,8	1,8	2,4	1,7

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und Nahrungsmittel.

Die Abschwächung im Warenexport dämpft unmittelbar das Wachstum von Sachgüterproduktion und Ausrüstungsinvestitionen. Im WIFO-Konjunkturtest vom I. Quartal 2001 wurde die aktuelle Geschäftslage im Basissektor und in der technischen Verarbeitung schon viel ungünstiger eingeschätzt als Ende 2000. Die Wertschöpfung der gesamten Sachgüterproduktion dürfte heuer real um nur noch 3,8% und im kommenden Jahr um nur 3% expandieren. Die ungünstigeren Absatzerwartungen der Unternehmen beeinträchtigen die Investitionsbereitschaft; dies spiegelt sich auch im WIFO-Investitionstest vom I. Quartal. Allerdings zwingen der hohe Wettbewerbsdruck und die zunehmende Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien die Unternehmen zu laufender Erneuerung des Kapitalbestands. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen könnte sich somit 2001 auf real 2,8% verringern und 2002 3,8% erreichen.

LEISTUNGSBILANZ VON EINKOMMENS- UND TRANSFERBILANZDEFIZIT GEPRÄGT

Das merkliche Nachlassen des Wachstums der Warenexporte und der Ausrüstungsinvestitionen bremst über den Bedarf an Vorleistungen auch die Importdynamik. Zudem wird die Importrechnung durch den Rückgang der Erdölpreise und die Aufwertung des Euro entlastet, die Terms-of-Trade verbessern sich leicht. Andererseits wirkt die Konsumnachfrage belebend auf die Einfuhr, wenn auch die Ausgaben für die stärker importorientierten dauerhaften Konsumgüter unterdurchschnittlich zunehmen. Die Warenimporte dürften heuer real um 5,8% steigen. Das Handelsbilanzdefizit könnte mit etwa 66 Mrd. S etwas unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Die außenwirtschaftlichen Bilanzen im Bereich des Reiseverkehrs und der sonstigen Dienstleistungen (Transportdienstleistungen usw.) weisen Überschüsse auf, die zusammen etwa dem Abgang in der Warenbilanz entsprechen.

In größerem Ausmaß tragen zum Leistungsbilanzdefizit, das heuer knapp 3% des BIP erreichen wird, die negativen Salden der Einkommens- und der Transferbilanz bei. Zins- und Dividendeneinkommen ausländischer Anleger und Gewinne aus Direktinvestitionen sowie die Nettoszahlerposition Österreichs gegenüber dem EU-Haushalt belasten die außenwirtschaftliche Bilanz. Der Reiseverkehrsexport gewinnt erheblich an Schwung, allerdings langsamer als die Importe.

KONSUM WÄCHST TROTZ NIEDRIGER NETTOEINKOMMENSTEIGERUNGEN

Der private Konsum expandiert heuer real um nur noch 2%, nach +2,7% im vergangenen Jahr. Die markanten Steuererhöhungen im Zuge der Budgetkonsolidierung lassen die Nettomasseneinkommen kaum noch steigen. Wie in der Vergangenheit dürfte allerdings in Phasen schwachen Einkommenswachstums die Sparquote der privaten Haushalte zurückgehen.

Die realen Nettomasseneinkommen, wie sie sich aus den Aktivbezügen der unselbständig Beschäftigten nach Abgaben und den Transferzahlungen ergeben, erhöhten sich im vergangenen Jahr kräftig (+2¼%). Heuer verringert sich ihr Anstieg – trotz der etwas höheren Lohnabschlüsse vom vergangenen Herbst – markant auf nur noch ½%. Dies geht vor allem auf die mit der Budgetkonsolidierung zusammenhängende kräftige Erhöhung direkter und indirekter Steuern zurück. Die markante Dämpfung des Wachstums der verfügbaren Einkommen beeinträchtigt auch die Konsumnachfrage. Diese wird heuer real noch um 2% expandieren. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter werden unterdurchschnittlich ausgeweitet. Dies impliziert bereits die optimistische Annahme eines kräftigen Rückgangs des Sparanteils am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, wie er

auch in der Vergangenheit in Phasen der Budgetkonsolidierung zu beobachten war.

Im Handel dürfte die Wertschöpfung heuer real um 2¼% zunehmen – um fast 1 Prozentpunkt weniger als im Vorjahr. Vor allem der Großhandel verliert aufgrund der Abschwächung von Außenhandel und Investitionen merklich an Dynamik. Die Zunahme der Einzelhandelsumsätze wird durch die Verringerung der Konsumsteigerung gebremst, die günstigere Entwicklung im Reiseverkehr wirkt stabilisierend.

UNBEFRIEDIGENDE STRUKTUR DER BAUPRODUKTION

Seit ihrem Höhepunkt 1998 ist die Nachfrage im Wohnungsneubau deutlich zurückgegangen. Die Herstellung von Wohnungen ist zwar ebenfalls rückläufig, aufgrund der nach wie vor reichlichen Wohnbaumittel der Länder aber langsamer als der Bedarf. Angesichts der Nachfrageentwicklung in den nächsten Jahren sollten Teile der öffentlichen Wohnbauförderung eingespart oder rasch umgeschichtet werden. Bedarf besteht einerseits im Sanierungsbereich (etwa in der thermischen Gebäudesanierung), andererseits in der dringend notwendigen Verbesserung der Verkehrsverbindungen nach Osteuropa, ohne die Österreich die Wachstumspotentiale der EU-Osterweiterung nur ungenügend wird ausschöpfen können. Die Nachfrage nach neuem Büroraum ist weiterhin groß, der Industriebau könnte mit der Verlangsamung der Investitionssteigerung an Dynamik verlieren. Insgesamt dürfte die Produktion in der Bauwirtschaft 2001 und 2002 real um jeweils 1½% zunehmen.

PREISAUFTRIEB SCHWÄCHT SICH LANGSAM AB

Der Rückgang der Energiepreise dämpft den Preisauftrieb, der zu Jahresbeginn insbesondere durch den überraschenden Anstieg der Fleischpreise und die Verteuerung von Tabakwaren relativ hoch war. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Inflationsrate 1,7% erreichen.

Der Preisauftrieb war mit 3,0% im Jänner und 2,6% im Februar neuerlich relativ hoch. Die Energieverteuerung und die Erhöhung von indirekten Steuern und Gebühren bilden dafür die wichtigsten Determinanten. Der Anstieg der Preise industriell-gewerblicher Waren hat sich beschleunigt. Die Nahrungsmittelpreise gehen weniger stark zurück als erwartet – dies hängt auch mit dem überraschenden temporären Anstieg der Fleischpreise zusammen. Zigaretten waren zuletzt um 6% teurer als im Vorjahr.

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1998	1999	2000	2001	2002
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer ¹⁾	+3,0	+2,0	+2,2	+2,7	+2,2
Vollzeittäquivalent	+3,6	+3,0	+2,7	+3,2	+2,6
Realeinkommen je Arbeitnehmer ¹⁾					
Brutto	+2,5	+1,2	+0,4	+1,0	+0,9
Netto	+2,3	+1,0	+0,8	±0,0	+0,4
Nettomasseneinkommen, nominell	+3,3	+3,7	+4,1	+2,2	+2,7
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,7	+0,9	+0,2	+1,3	+0,5
Sachgütererzeugung	-1,7	-0,5	-5,4	-1,4	-2,0
Relative Lohnstückkosten ²⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	-0,6	-1,5	-5,3	+0,4	-1,5
Gegenüber Deutschland	+0,4	-0,1	-1,8	-0,4	-1,3
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren					
Nominell	+2,5	+0,6	-2,7	+1,6	+0,6
Real	+0,5	-1,3	-3,4	+0,7	-0,1

¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Im weiteren Jahresverlauf sollte sich der Preisauftrieb merklich abschwächen. Die Energiepreise tendieren abwärts: Die beträchtliche Verlangsamung des weltweiten Nachfragewachstums dämpft die Rohölpreise auf den internationalen Märkten (im Jahresdurchschnitt wird ein Preisniveau von 24 \$ je Barrel erwartet), der Wertgewinn des Euro trägt zusätzlich zu einer Verringerung des Importpreisanstiegs bei. Mit Juni fallen im Vorjahresvergleich der Inflation die kräftige Erhöhung der Energie- und Kfz-Steuer sowie die Gebührenanhebungen weg, die +½ Prozentpunkt zur Inflationsrate beitragen. Beides bremst den Preisauftrieb; er könnte im Jahresdurchschnitt 1,7% erreichen.

Die Unternehmen versuchen, den Anstieg der Energiekosten des vergangenen Jahres auf die Preise zu überwälzen – soweit dies die Wettbewerbssituation zulässt. Die Preise von Industriewaren dürften deshalb heuer um 1,5% steigen, nach +0,8% im Vorjahr. Die Kerninflation (ohne Nahrungsmittel und Energie) erhöht sich auf 2,4%, nach 1,8% im Jahr 2000.

Im Jahr 2002 zeichnet sich ein Anhalten der Preisstabilität ab. Von den Lohnstückkosten kommt kein nennenswerter Kostendruck. Die Erwartungen für internationale Rohölpreise und Wechselkurs lassen auch von dieser Seite keine Impulse erkennen. Einen Unsicherheitsfaktor bilden mögliche Preiseffekte der Bargeldumstellung von Schilling auf Euro. Da die Konsumentenschützer in dieser Phase genaues Augenmerk auf mögliche Aufrundungsgewinne legen dürften, könnten Preisanpassungen nach oben aber schon gegen Jahresmitte 2001 vorgenommen werden.

ABFLACHUNG DES BESCHÄFTIGUNGSANSTIEGS

Im Jahr 2000 expandierte die Zahl der unselbständig Beschäftigten kräftig (ohne Karenzgeldbezieher und Präsenzdiener +28.900), allerdings waren die Zuwächse

Arbeitsmarkt		1998	1999	2000	2001	2002
		Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000				
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Unselbständig und selbständig						
Erwerbstätige						
		+22,1	+32,2	+27,7	+17,5	- 2,9
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾						
		+21,1	+31,2	+25,8	+15,5	- 5,0
Ohne Präsenzdienr und Bezieher von Karenzgeld						
		+29,8	+37,2	+28,9	+18,0	+15,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
		+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5
Präsenzdienr und Bezieher von Karenzgeld ¹⁾						
		- 8,7	- 6,0	- 3,1	- 2,6	-20,0
Ausländische Arbeitskräfte						
		- 0,2	+ 7,8	+13,4	+13,1	+11,4
Selbständige ²⁾						
		+ 1,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
	15- bis 64-Jährige	+11,0	+19,8	+23,1	+20,5	+19,5
	15- bis 59-Jährige	+10,9	- 2,6	-19,3	-20,6	- 8,6
Erwerbspersonen im Inland						
		+26,5	+16,2	+ 0,3	+ 4,1	- 2,0
	Ausländer	+ 0,7	+ 6,6	+12,0	+15,0	+10,0
	Wanderung von Inländern	+ 3,9	+ 3,0	- 3,0	- 2,5	- 2,5
	Inländer	+21,9	+ 6,6	- 8,7	- 8,4	- 9,5
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾						
		+ 4,4	-16,1	-27,4	-13,3	+ 0,9
	Stand in 1.000	237,8	221,7	194,3	181,0	181,9
<i>Arbeitslosenquote</i>						
	In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,5	4,0	3,7	3,6	3,6
	In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,5	6,0	5,3	4,9	4,9
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,2	6,7	5,8	5,4	5,5
	Erwerbsquote ⁴⁾	67,6	67,6	67,4	67,2	66,9
	Beschäftigungsquote ⁵⁾	63,2	63,6	63,8	63,9	63,6

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. Ab 2002 ist die Karenzzeit keine Versicherungsleistung. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁵⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

im 2. Halbjahr vor allem aufgrund der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung in der öffentlichen Verwaltung, im Verkehrs- und Unterrichtswesen sowie in der Bauwirtschaft deutlich unterdurchschnittlich. Die nun eintretende Verlangsamung des Wirtschaftswachstums dämpft direkt auch die Beschäftigungsentwicklung. Die Konjunkturertrübung betrifft jedoch primär den unterdurchschnittlich beschäftigungsintensiven Export und die Sachgütererzeugung, während die Dienstleistungsbeschäftigung, die stärker von der Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Ausweitung der Teilzeitarbeit geprägt ist, weniger in Mitleidenschaft gezogen wird. Deshalb wird für heuer eine nur leichte Abschwächung der Beschäftigungsexpansion auf +0,6% (+18.000) erwartet.

Besonders schwierig einzuschätzen ist derzeit die Tendenz des Arbeitskräfteangebotes. Die demographische Entwicklung bringt wie schon im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Rückgang der Bevölkerung im Alter von 15 bis 59 Jahren mit sich. Die Erwerbsquote sinkt insgesamt weiter, vor allem jene der Älteren (dazu tragen die zahlreichen Frühpensionierungen im öffentlichen Dienst bei). Aber auch die Erwerbsbeteiligung der Jüngeren entwickelt sich insgesamt schwach. Eine Zunahme ergibt sich nur für den Aktivitätsgrad von Frauen im jüngeren und mittleren Alter. Dies geht besonders auf die Erleichterung des Zugangs von ausländischen

Frauen zum Arbeitsmarkt zurück. Die Einführung des allgemeinen Kindergeldes ab 2002 verringert die Anreize zur Erwerbstätigkeit von Frauen, andererseits erhöht sie aber die Teilzeitbeschäftigung aufgrund der sehr großzügigen Zuverdienstgrenzen.

Nachfrage- und angebotsseitige Faktoren lassen eine weitere Abnahme der Zahl der gemeldeten Arbeitslosen um 13.000 auf 181.000 im Jahresdurchschnitt erwarten. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,6% der Erwerbspersonen nach EU-Berechnungsmethode oder 5,4% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode. Diese Prognose beruht auf der Annahme, dass die aktive Arbeitsmarktpolitik heuer in vollem Umfang beibehalten wird.

Im Jahr 2002 lassen die Annahmen über den Konjunkturverlauf zwar weiterhin leichte Beschäftigungszuwächse erwarten (+0,5%), die Arbeitslosigkeit dürfte allerdings nicht mehr weiter sinken. Im Gegensatz zu den Zielsetzungen auf europäischer Ebene, die bis 2010 einen Anstieg der Beschäftigungsquote verlangen, geht die Erwerbsbeteiligung in Österreich derzeit zurück. Dies erscheint insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Sicherstellung der Finanzierung des Pensionssystems problematisch.

BUDGETKONSOLIDIERUNG DURCH WACHSTUMSVERLANGSAMUNG BEEINTRÄCHTIGT, ABER NULLDEFIZIT MÖGLICH

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte dürfte im Jahr 2000 aufgrund der guten Konjunktur und im Jahr 2001 aufgrund der markanten Steuererhöhungen niedriger sein als bislang erwartet. Die Revision der Konjunkturprognose nach unten lässt allerdings die für 2002 angestrebte Erreichung eines ausgeglichenen Finanzierungssaldos schwierig erscheinen.

Im Jahr 2000 schlug sich die gute Export- und Konjunktur in einem regen Wachstum des Steuer- und Beitragsaufkommens des öffentlichen Sektors nieder. Dazu kamen positive Einnahmeneffekte aus der Erhöhung von indirekten Steuern und der Vergabe der UMTS-Lizenzen. Insgesamt verbesserte sich der Finanzierungssaldo des Staates um etwa 1 Prozentpunkt auf -1,1% des BIP.

Mit 1. Jänner 2001 trat ein umfangreiches Paket an Erhöhungen im Bereich der Lohn- und Unternehmenssteuern in Kraft, das – zusammen mit den Effekten der Anhebung von indirekten Steuern im Jahre 2000 – die Staats-

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren					
	1998	1999	2000	2001	2002
	Mrd. S				
<i>Budgetpolitik</i>					
Finanzierungssaldo des Bundes	-76,0	-63,4	-45,3	-32,4	-23,0
	In % des BIP				
Finanzierungssaldo des Bundes	- 2,9	- 2,3	- 1,6	- 1,1	- 0,75
Finanzierungssaldo des Staates	- 2,3	- 2,1	- 1,1	- 0,4	± 0,0
Primärsaldo des Staates	1,5	1,4	2,3	3,0	3,3
	In %				
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz	3,6	3,0	4,4	4,6	4,0
Sekundärmarktrendite ¹⁾	4,7	4,7	5,6	4,7	4,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Effektiver Wechselkurs</i>					
Nominell	+ 2,8	+ 1,5	- 2,4	+ 1,8	+ 0,7
Real	+ 0,3	- 1,1	- 3,5	+ 0,8	- 0,1

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

einnahmen um etwa 35 Mrd. S steigert. Die Budgetierung der Staatsausgaben umfasst umfangreiche Pauschalvorsorgen und lässt einige Spielräume erkennen. Das Nachlassen der Konjunktur beeinträchtigt das Budget heuer nur wenig, da es vor allem auf die Exportabschwächung zurückgeht und die Prognoserevision nominell geringer ausfällt als real. Das Defizit der öffentlichen Haushalte ist in der vorliegenden Prognose wesentlich niedriger als vom Bundesministerium für Finanzen erwartet, es könnte etwa 0,4% des BIP betragen.

Viel schwieriger wird die Budgetkonsolidierung im Jahr 2002. Es sind keine weiteren Einnahmenerhöhungen vorgesehen. Auf der Ausgabenseite werden die Einsparungen aus der Pensionsreform, der deutlich unter der

erwarteten Inflationsrate liegende Gehaltsabschluss für die öffentlich Bediensteten und weitere Ausgliederungen wirksam. Allerdings kommt erstmals das kostspielige Kindergeld zum Tragen, dessen genaue Ausgestaltung und damit budgetären Effekte noch nicht vollständig geklärt sind. Zudem haben die Länder die Verpflichtung zu erheblichen Budgetüberschüssen übernommen, die das Defizit des Bundes ausgleichen sollen. Um das Erreichen dieser Überschüsse zu ermöglichen, erfolgen umfangreiche Ausgliederungen von Ausgaben. Deren Anerkennung durch Eurostat ist noch offen. Neben diesen Maastricht-relevanten Maßnahmen werden tatsächliche Ausgabenkürzungen notwendig sein, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Im Jahr 2002 kann im Gegensatz zu den zwei Jahren zuvor von der Konjunktur kein Beitrag zur Konsolidierung erwartet werden. Einkommen und Beschäftigung wachsen langsamer als bislang prognostiziert, und die Arbeitslosigkeit geht nicht mehr zurück. Die in der Prognoserevision angenommene Wachstumsverlangsamung belastet den erwarteten Finanzierungssaldo mit etwa 0,3% des BIP. Das von der Regierung angestrebte Nulldefizit wird deshalb nur dann zu erreichen sein, wenn im Bereich der Ausgabensteigerungen höchste Zurückhaltung eingehalten werden kann.

Sollte sich die Konjunktur noch stärker abschwächen als angenommen, dann wäre das Nulldefizit nicht mehr realistisch. Das wäre dann allerdings aufgrund der Notwendigkeit der konjunkturellen Gegensteuerung durch die volle Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren auch nicht sinnvoll.

Abgeschlossen am 28. März 2001.

GERHARD LEHNER
ET AL.

■ ÜBERWÄLZUNG DER GETRÄNKESTEUER

Alle vier Betrachtungsweisen, die dieser Studie zugrunde liegen, lassen erkennen, dass die Überwälzung der Getränkesteuer bisher in hohem Ausmaß gelungen sein dürfte. Gemäß den Modellrechnungen ist die Preiselastizität der Nachfrage nach alkoholischen Getränken (vor allem im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe) gering; dies erleichtert eine Überwälzung.

Eine Analyse mit Hilfe des Kalkulationsschemas lässt erkennen, dass sich die Überwälzung von Steuern in den Rohaufschlägen deutlich spiegelt. Ihnen dürfte daher eine zentrale Bedeutung für die empirische Beurteilung der Überwälzungsprozesse zukommen. Das würde auch für Veränderungen der Getränkesteuersätze gelten, die allerdings seit langem unverändert sind.

- *Kostenüberwälzung im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe*

Modellbeschreibung und Datenbasis – Simulation Vorleistungspreisschock – Schlussfolgerungen – Anhang I: Sektormodell für das Hotel-, Gast- und Schankgewerbe unter Verwendung eines vollständigen Ansatzes (Modelltyp 1) – Anhang II: Inputpreis, Outputpreis und Durchdringungskoeffizient

- *Auswirkungen der Änderung der Getränkebesteuerungs-Rechtslage auf die Preisentwicklung von alkoholischen und nichtalkoholischen Getränken*

Empirische Methodik – Änderung der Getränkebesteuerungs-Rechtslage seit 1990 – Ergebnisse der zeitreihentechnischen Untersuchung – Schlussfolgerungen

- *Sektorale Überwälzungswahrscheinlichkeiten im Bereich der Getränkesteuer*

- *Kalkulationsschema und Getränkesteuerüberwälzung*

- *Schlussfolgerungen*

Gerhard Lehner, Peter Brandner,
Kurt Kratena, Egon Smeral,
Michael Wüger • Im Auftrag des
Bundesministeriums für Finanzen •
2000 • 50 Seiten • ATS 400,00
bzw. EUR 29,07 • Kostenloser
Download:
[http://www.wifo.ac.at/publ/
monographien/getraenkesteuer.pdf](http://www.wifo.ac.at/publ/monographien/getraenkesteuer.pdf)
(342 KB)